

Christian Romahn

Vorvertragliche Anzeigepflichtverletzung
und effektiver Schutz
des Versicherungsnehmers

Unter besonderer Berücksichtigung
der Berufsunfähigkeitsversicherung



Nomos



STEINHAUER & GÜNTHER
RECHTSANWÄLTE

Versicherungswissenschaftliche Studien

herausgegeben von
Prof. Dr. Christoph Brömmelmeyer
Prof. Dr. Helmut Heiss
Prof. Dr. Hans-Peter Schwintowski
Prof. Dr. Astrid Wallrabenstein
Prof. Dr. Jochen Zimmermann

Band 52

Christian Romahn

**Vorvertragliche Anzeigepflichtverletzung
und effektiver Schutz
des Versicherungsnehmers**

Unter besonderer Berücksichtigung
der Berufsunfähigkeitsversicherung



Nomos



STEINHAUER & GÜNTHER
RECHTSANWÄLTE



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Bielefeld, Univ., Diss., 2020

u.d.T.: „Vorvertragliche Anzeigepflichtverletzung und effektiver Schutz des Versicherungsnehmers unter besonderer Berücksichtigung der Berufsunfähigkeitsversicherung – besteht Bedarf für eine Reform der Reform? Eine kritische Analyse der §§ 19–22 VVG 2008 und von Nebengesetzen mit Vorschlägen de lege ferenda“

ISBN 978-3-8487-7709-9 (Print)

ISBN 978-3-7489-2102-8 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Danksagung

Die vorliegende Arbeit ist im Jahr 2020 von der Juristischen Fakultät der Universität Bielefeld als Dissertation angenommen worden. Sie beruht auf meiner anwaltlichen Tätigkeit in einer Vielzahl von Berufsunfähigkeitsprozessen auf Versicherungsnehmerseite bei der Rechtsanwaltskanzlei Steinhauer & Günther in Menden.

Ein großer Dank gilt meinem Kollegen und Mentor, Rechtsanwalt Jens Steinhauer, der mir stets mit fachlichem und persönlichem Rat zur Seite stand und mich auf die Idee für diese Arbeit brachte.

Weiter bedanke ich mich bei allen Versicherungsmaklern, Versicherungsagenten und Mehrfachvertretern für die Vermittlung unzähliger Praxisfälle, die zum Fundament dieser praxisnahen Arbeit wurden und die Bewertung dieses Werkes mit der Bestnote summa cum laude ermöglicht haben. Dieses Werk ist insbesondere allen Versicherungsvermittlern gewidmet, die sich im Schadenfall für die Durchsetzung der Rechte ihrer Kunden einsetzen und soll ihnen als wertvoller Leitfaden dienen.

Ferner danke ich meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Ansgar Staudinger für die gute Betreuung und die notwendigen Freiräume, die er mir gegeben hat, sowie Herrn Prof. Dr. Christoph Brömmelmeyer, Herrn Prof. Dr. Helmut Heiss, Herrn Prof. Dr. Hans-Peter Schwintowski, Frau Prof.in Dr.in Astrid Wallrabenstein und Herrn Prof. Dr. Jochen Zimmermann für die Aufnahme meiner Arbeit in die Schriftenreihe »Versicherungswissenschaftliche Studien«.

Bei meinen Eltern Rosemarie und Andreas Romahn sowie meinen Schwiegereltern Anna und Andreas Lewald bedanke ich mich für ihre Hilfe und Unterstützung. Besonderer Dank gilt meiner Ehefrau Laura Lewald-Romahn, die mit mir zusammen diesen Weg gegangen ist und weiter gehen wird.

Menden/Witten an der Ruhr, August 2020

Christian Romahn

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungs-/Siglenverzeichnis	19
1. Kapitel: Allgemeiner Teil	21
A. Einführung	21
I. Anlass und Ziel der Untersuchung	21
II. Gang der Arbeit	23
B. Rechtsnatur und Normzwecke	24
I. Voraussetzungs-, Obliegenheits- und Rechtszwangtheorie	24
II. Schutz der VR/des Kollektivs	27
III. Schutz des VN	28
1. Begrenzung des Handlungsspielraums des VR	28
2. Stärkung durch das Gesetz zur Reform des Versicherungsvertragsrechts 2008	28
a) Vorvertragliche Anzeigepflicht gemäß §§ 16 ff. VVG 1908	29
b) Wesentliche Änderungen zugunsten des VN	30
IV. Konflikt der Normzwecke	32
C. Übergangsrecht	33
I. Neu- und Altverträge	33
II. »Interims-Verträge«	34
III. Versicherungsfälle bei Altverträgen bis zum 31.12.2008	34
2. Kapitel: Objektiver Tatbestand auf dem Prüfstand	36
A. Kreis der Verpflichteten	36
I. VN	36
II. Gewillkürte Vertreter (Bevollmächtigte)	36
III. Gesetzliche Vertreter	37
IV. Wissenserklärungsvertreter	39
1. Dogmatische Begründungsansätze	39
2. Begriff und Voraussetzungen	40
3. Einzelfälle	42
a) Ärzte	42
b) Mitarbeiter des VN	43

Inhaltsverzeichnis

V. Versicherte Person	43
1. Grundregelung für alle Sparten (§ 47 VVG)	43
2. Spezialregelungen für besondere Sparten	44
VI. Ehegatten	44
VII. Repräsentanten	45
B. Entstehung der Anzeigepflicht	47
I. Fragen in Textform	47
1. Zweck	47
2. Voraussetzungen	48
3. Problemfelder beim Vorlesen der Fragen durch den Vertreter	49
a) Generelle Vereinbarkeit des Vorlesens mit dem Textformerfordernis	50
aa) Unvereinbarkeit mit Textform	50
bb) Wahrung der Textform	51
cc) Erfordernis des sorgsamem Vorlesens ohne Zeitdruck	51
dd) Erfordernis der Möglichkeit des Mitlesens	52
ee) Stellungnahme	52
b) Antragsteller mit Sprachschwierigkeiten, Analphabeten und Blinde	56
c) Zu schnelles Vorlesen komplexer Antragsfragen durch den Vertreter	58
d) Drängelnde Vertreter	59
e) Manipulierende Vertreter und ihre Rolle bei der Beantwortung von Gesundheitsfragen, insb. vor Abschluss einer Berufsunfähigkeitsversicherung	60
aa) Ausgangspunkt	60
bb) Lösung der h. M.	61
cc) Stellungnahme	62
dd) Konsequenzen für den VN im Prozess	65
ee) Überlegungen de lege ferenda	66
f) Heilung von Vorleseemängeln	67
4. Fragestellung in Textform bei Vertragsschlüssen im Telefonvertrieb (Tele-Underwriting)	68
a) Allgemeines	68
b) Vereinbarkeit mit dem Textformerfordernis	69
5. Fragestellung in Textform beim Einsatz elektronischer Medien, insb. bei Vertragsschluss via Internet	71

II. Fragen des VR	73
1. Dornbracht-Entscheidungen des LG Hagen und des OLG Hamm	73
2. Pseudomaklerentscheidung des LG Dortmund	76
3. Weitere Entscheidungen (OLG Köln, LG Tübingen, LG Dortmund)	77
4. Stellungnahme zum Problem der Maklerfragebögen	78
III. Fragen über gefahrerhebliche Umstände	81
1. Grundtypen	81
a) Objektive und subjektive gefahrerhebliche Umstände im engeren Sinne	81
b) Indizierende Umstände	83
aa) Allgemeines	83
bb) Gefahrerheblichkeit der Befunde von prädikativen Gentests oder von Fernursachen	83
c) Umstände, welche die Vertrags- bzw. Betrugsgefahr betreffen	87
d) Umstände, welche die Prämiengefahr betreffen	87
2. Spartenspezifische Grundsätze (Personenversicherungen)	88
a) Berufsunfähigkeitsversicherung	88
b) Kranken- und Krankentagegeldversicherung	89
c) Unfallversicherung	91
d) Lebensversicherung	92
3. Vom richtigen Maßstab: Subjektive oder objektive Perspektive	93
a) Objektive, subjektive und duale Theorien	93
b) Voraussetzungen des Zusatzkriteriums der objektiven Gefahrerheblichkeit	95
c) Sonderproblem: Objektive Gefahrerheblichkeit und Gesundheitsfragen	96
4. Darlegungs- und Beweislast	97
a) Pflicht des VR zur Darlegung der Risikoprüfungsgrundsätze und die Ausnahme bei offenkundiger Gefahrerheblichkeit	97
b) Offenkundige Gefahrerheblichkeit von berufstypischen bzw. nichtspezifischen (Rücken-)Schmerzen beim Abschluss von Berufsunfähigkeitsversicherungen	99
aa) Rückenschmerzen aus medizinischer Sicht	99

Inhaltsverzeichnis

bb)	Entscheidungen des LAG Hamm und des LAG Hessen	100
cc)	Kritik an den Entscheidungen aus der Literatur	100
dd)	Stellungnahme	101
IV.	Auslegung der Fragen	104
1.	Auslegungsgrundsätze und Probleme	104
2.	Rechtsnatur der Antragsfragen	104
a)	Überblick über den Streitstand	104
b)	Stellungnahme	105
3.	Zulässigkeit von Globalfragen	109
a)	Einführung in den Streitstand nach altem und neuem Recht	109
b)	Stellungnahme	111
aa)	Interpretation der Begriffe Krankheiten, Gesundheitsstörungen und Beschwerden durch die Rechtsprechung	111
bb)	Ausdrücklich und genau umschriebene Fragen, §§ 16, 18 ÖVersVG	113
cc)	Clear-and-precise-questions-Erfordernis, Art. 2:101 PEICL	114
dd)	Teleologische Auslegung des § 19 Abs. 1 Satz 1 VVG 2008	115
4.	Zulässigkeit von zeitlich unbegrenzten Gesundheitsfragen	117
5.	Zulässigkeit von mehrdeutigen, unklaren/ intransparenten oder mit Werturteilen verbundene Fragen	118
a)	Allgemeines	118
aa)	Mehrdeutige Fragen	119
bb)	Unverständliche bzw. intransparente Fragen	119
b)	Verwendung von Rechtsbegriffen oder das Abverlangen von Werturteilen	122
c)	Weitere Einzelfälle	125
aa)	Fragen nach erheblichen Krankheiten	125
bb)	Fragen nach ärztlichen Behandlungen in den letzten Jahren	126
cc)	Fragen nach einer (Schwer-)Behinderung	126
dd)	Fragen nach Straftaten	126
ee)	Fragen nach gefährlichen Sportarten	127

ff) Fragen nach Vorverträgen bzw. Vorschäden des VN und des Partners	128
V. Grenzen des Fragerechts	129
1. Überblick	129
2. Allgemeines Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 GG)	130
3. Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)	131
a) Allgemeines	131
b) Ungleichbehandlungen wegen des Geschlechts	132
aa) Verbot der geschlechtsspezifischen Tarifierung/ Unisex-Urteil	132
bb) Auswirkungen auf das Fragerecht des VR und die Risikoprüfung	133
c) Ungleichbehandlungen wegen einer Behinderung, des Alters, der Religion, der Rasse, der ethnischen Herkunft oder der sexuellen Identität	135
4. Gendiagnostikgesetz (GenDG)	137
a) Hintergrund: Zwiespältigkeit prädikativer Genomanalysen	137
b) Erhebungs- und Verwertungsverbote gemäß § 18 GenDG und der Selbstverpflichtungserklärung vom 25.10.2001	138
aa) Überblick	138
bb) Inhalt und Reichweite der Verbote	140
cc) Zulässigkeit von Familienanamnesen	142
dd) Teleologische Reduktion der Verbote bei freiwilliger Offenbarung	144
ee) Summengrenze des § 18 Abs. 1 Satz 2 GenDG beim Abschluss mehrerer Verträge	145
c) Anzeigepflicht außerhalb der Beschränkungen	146
5. Nemo-tenetur-Grundsatz: Pflicht zur Angabe (unentdeckter) Straftaten	148
a) Ausgangspunkt	148
b) Bedeutung im Strafprozessrecht, Disziplinarverfahren oder berufsgerichtlichen Verfahren	148
c) Schweigerecht im Versicherungsrecht statt vorvertraglicher Anzeigepflicht	150
d) Schutz vor Selbstbelastungszwang durch ein Beweisverwertungsverbot	151

Inhaltsverzeichnis

VI. Kenntnis der gefahrerheblichen Umstände	153
1. Kenntnis/Wissen/Gedächtnis – Begrifflichkeiten	153
2. Kenntniserlangung vs. Kennenmüssen und die Bedeutung ärztlicher Diagnosen	155
a) Grundlegendes	155
b) Aufbauschung der Diagnosen durch Ärzte	157
3. Erforderlichkeit der Kenntnis der Gefahrerheblichkeit selbst	158
4. Kenntnisverlust – Vergessen trotz zumutbarer Gedächtnisanspannung	161
5. Nachforschungsobliegenheit des VN	163
a) Entscheidung des BGH vom 14.7.1993 (Az. IV ZR 153/92)	163
b) Juristische Personen als VN	164
c) Natürliche Personen als VN	165
6. Kenntniszurechnung	165
a) Wissensvertreter	165
b) Sonstige Personen	166
7. Arglistiges Sichentziehen	166
8. Prozessuale Probleme der Darlegung und des Nachweises der Kenntnis	167
a) Reduzierung des Beweismaßes	167
b) Beweislastumkehr bei behauptetem Vergessen	169
C. Anzeige des VN	170
I. Form der Anzeige	170
II. Empfänger der Anzeige	170
1. VR	170
2. Versicherungsvertreter	171
a) Begriff und Voraussetzungen	171
b) Zurechnung der Kenntnis des Versicherungsvertreter als Auge-und-Ohr des VR, §§ 69 ff. VVG	172
c) Ausnahmen von der Zurechnung	174
aa) Private Kenntniserlangung, § 70 Satz 2 VVG	174
bb) Kollusives Zusammenwirken	174
cc) Evidenter Vollmachtsmissbrauch	174
d) Angestellte und nicht gewerbsmäßig tätige Vertreter, § 73 VVG	175
e) Vom VR eingeschaltete Ärzte	175
3. Versicherungsmakler	176

4. Abgrenzung zwischen Versicherungsvertreter und Versicherungsmakler	176
a) Grundsatz: Abgrenzung aufgrund eindeutiger vertraglicher Regelungen	176
b) Sonderfälle	177
aa) Mehrfachvertreter	177
bb) Pseudo- bzw. Scheinmakler, § 59 Abs. 3 Satz 2 VVG	177
cc) Pseudovertreter	180
dd) Quasiversicherungsvertreter (vertreterähnlicher Vertrieb)	180
(1) Ausgangspunkt	180
(2) Überlassung der Vertragsverhandlungen	181
(3) Wirtschaftliches Näheverhältnis	182
(4) Wirtschaftliche Verflechtung	184
ee) Annexvertrieb	186
5. Darlegungs- und Beweislast	186
III. Maßgeblicher Zeitpunkt der Anzeige	187
1. Vertragserklärung des VN	187
2. Nachmeldepflicht nur bei Nachfragen in Textform	187
3. Sonderfälle	188
a) Vertragsschluss nach dem Invitatiomodell	188
b) Verspätete Annahme des VR, §§ 146 ff. BGB	190
D. Verletzung der Anzeigepflicht	190
I. Allgemeines	190
II. Sonderfälle	192
1. Blankoerklärungen	192
2. Nichtbeantwortung von Fragen sowie Streichungen	193
E. Nachfrageobliegenheit des VR	195
I. Herleitung durch den BGH	195
II. Kritik in der Literatur	196
III. Arglistige Täuschungen	198
IV. Voraussetzungen im Detail	199
V. Ausschluss nicht angezeigter Umstände	201
VI. Nachholbarkeit der Risikoprüfung	202
F. Datenerhebungen, § 213 VVG	203
I. Überblick	203
II. Datenquellen	204
III. Erforderlichkeit	205

Inhaltsverzeichnis

IV. Mitwirkungsobliegenheit des VN	207
1. Überblick über die Rechtsfigur des gestuften Dialogs (BGH, Urt. vom 22.2.2017, Az. IV ZR 289/14)	207
2. Offene Fragen	209
3. Plädoyer für das Erfordernis eines konkreten Anfangsverdachts	210
V. Folgen rechtswidriger Erhebungen	212
1. Schrifttum	212
2. Interessenabwägung (BGH, Urt. vom 5.7.2017, Az. IV ZR 121/15)	213
3. Stellungnahme	214
4. Prozessuale Geltendmachung	215
3. Kapitel: Sanktionensystem auf dem Prüfstand	216
A. Gestuftes Verschulden statt Alles-oder-Nichts	216
I. Überblick	216
II. Kritik im Schrifttum	217
B. Gemeinsamkeiten aller Gestaltungsrechte des VR	218
I. Ausübung der Rechte	218
1. Eigenhändige Unterschrift und Vorlage einer Vollmachtsurkunde	218
2. Hilfsweise Ausübung	219
3. Benennung des Bezugsobjekts bei kombinierten Versicherungsverträgen	219
II. Umdeutung	220
C. Rechte gemäß § 19 Abs. 2–4 VVG	221
I. Formelle Anforderungen	221
1. Ausübungsfrist, § 21 Abs. 1 VVG	221
a) Fristbeginn	221
aa) Gegenstand der Kenntnis	221
bb) Anforderungen an die Kenntnis	224
cc) Kenntnis des zuständigen Sachbearbeiters	225
dd) Unterlassung der gebotenen Aufklärung in angemessener Zeit	226
ee) Modell einer unwiderlegbaren Kenntnisvermutung	226
b) Fristablauf	227
2. Begründungszwang, § 21 Abs. 1 Satz 3 VVG	228
a) Inhalt der Begründung	228

b) Nachschieben von Gründen, § 21 Abs. 1 Satz 3, 2. HS VVG	229
3. Belehrung in Textform, § 19 Abs. 5 VVG	230
a) Erfordernis der Belehrung durch gesonderte Mitteilung in Textform	231
aa) Extrablatt oder drucktechnisch hervorgehobener Hinweis	231
bb) Zeitpunkt/Standort der Belehrung	232
(1) Stellungnahme zum Streitstand	232
(2) Besonderheiten beim Vorlesen durch den Versicherungsvertreter	234
b) Materielle Anforderungen an die Belehrung	235
c) Folgen der unterlassenen oder fehlerhaften Belehrung	237
d) Besonderheiten bei arglistigen Täuschungen	238
e) Belehrung erforderlich bei Interims-Verträgen	239
II. Rücktritt	239
1. Voraussetzungen im Überblick	239
2. Qualifiziertes Verschulden	240
a) Keine Erfahrungssätze, sondern Einzelfallentscheidungen	240
b) Vorsatz	241
c) Grobe Fahrlässigkeit	241
aa) Definition des BGH und Kritik im Schrifttum	241
bb) Augenblicksversagen als besonderer subjektiv entlastender Umstand	243
d) Bewertung des Verschuldensgrades im Einzelfall	246
aa) Generelle individuelle Aspekte	246
bb) Indizien für ein grobes Verschulden	246
cc) Indizien gegen ein grobes Verschulden/ Entschuldigungsgründe	247
(1) Irrtümer bzgl. der Fragen des VR in Textform	247
(2) Irrtümer über die anzuzeigenden Umstände	249
(3) Irrtümer über die Gefahrerheblichkeit	250
(4) Irrtümer über Abgabe und Zugang der Anzeige	250
(5) Besonderheiten des Antragsgesprächs	251
3. Rechtsfolgen	251
a) Grundsätze	251

Inhaltsverzeichnis

b) Kausalitätsgegenbeweis, § 21 Abs. 2 VVG	252
aa) Allgemeines	252
bb) Objektiv risikoerhöhende Umstände	253
cc) Indizierende Umstände	253
dd) Umstände, welche die Vertrags- bzw. Betrugsgefahr betreffen	255
ee) Leistungserhöhende Umstände	256
4. Zusammenfassung und Überlegungen de lege ferenda	257
III. Kündigung	261
IV. Vertragsanpassung	261
1. Voraussetzungen	261
a) Grundsätze	261
b) Anpassung statt Rücktritt bei grober Fahrlässigkeit in der PKV	262
2. Rechtsfolgen	264
a) Wahlrecht des VN oder VR	264
b) Grenzenlose Rückwirkung	265
3. Sonderkündigungsrecht des VN, § 19 Abs. 6 VVG	266
V. Ausschlüsse	267
1. Kenntnis des VR, § 19 Abs. 5 Satz 2 VVG	267
2. Ausschlussfristen, §§ 21 Abs. 3, 194 Abs. 1 Satz 4 VVG	269
D. Arglistanfechtung, §§ 22 VVG, 123 f. BGB	270
I. Täuschungshandlung	270
1. Definition und Gegenstand	270
2. Spontane Anzeigepflicht bei nicht ordnungsgemäß ausgeübtem Fragerecht	270
3. Phase zwischen Antragstellung und Antragsannahme	275
II. Arglist	275
1. Definition	275
2. Darlegungs- und Beweislast	276
3. Indizien pro und contra	277
III. Kausaler Irrtum	277
IV. Begründungserfordernis	278
V. Anfechtungsfristen	279
1. Allgemeines	279
2. Nachschieben von Gründen	279
VI. Rechtsfolgen	279

Inhaltsverzeichnis

4. Kapitel: Entwurf einer denkbaren Reform der Reform	281
A. Überblick	281
B. Schutzlücken de lege lata und Lösungsvorschläge de lege ferenda	285
Anhang: Synopse der geltenden und vorgeschlagenen Fassung der Normen	299
Literaturverzeichnis	309
Rechtsprechungsverzeichnis	329

Abkürzungs-/Siglenverzeichnis

AKB	Allgemeine Bedingungen für die Kfz-Versicherung
ALB	Allgemeine Bedingungen für die kapitalbildende Lebensversicherung
APOE	Apolipoprotein
AVB	Allgemeine Versicherungsbedingungen
BK-VVG	Berliner Kommentar zum Versicherungsvertragsgesetz
BRCA	breast cancer
BU	Berufsunfähigkeitsversicherung bzw. entsprechende AVB
BUZ	Berufsunfähigkeitszusatzversicherung bzw. entsprechende AVB
GdB	Grad der Behinderung
GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V.
HFE	High Fe (dt. hereditäre-Hämochromatose-Protein)
HIS	Hinweis- und Informationssystem
HK-VVG	Handkommentar zum Versicherungsvertragsgesetz
KomE	Entwurf der Kommission zur Reform des Versicherungsvertragsgesetzes
LBGTIQ	lesbian, gay, bisexual, transgender, intersexuals, queer
LK	Leipziger Kommentar
MAH	Münchener Anwaltshandbuch
MB/KK	Musterbedingungen für die Krankheitskostenversicherung
MB/KT	Musterbedingungen für die Krankentagegeldversicherung
MdE	Minderung der Erwerbsfähigkeit
MüHb	Münchener Handbuch
MüKo	Münchener Kommentar
ÖOGH	Österreichischer Oberster Gerichtshof
ÖVersVG	Österreichisches Versicherungsvertragsgesetz
PEICL	Principles of European Insurance Contract Law
PKV	Private Krankenversicherung
PK-VVG	Praxiskommentar zum Versicherungsvertragsgesetz
SPINK1	serine protease inhibitor Kazal-type 1
SVZ	Schweizerische Versicherungszeitschrift

Abkürzungs-/Siglenverzeichnis

VersR-Hb	Versicherungsrechts-Handbuch
VGB	Allgemeine Wohngebäudeversicherungsbedingungen
VK	Versicherung und Recht kompakt
VN	Versicherungsnehmer
VR	Versicherer
VW	Versicherungswirtschaft
ZVersWiss	Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft

Im Übrigen werden die üblichen Abkürzungen der Rechtssprache verwendet, vgl. KIRCHNER, HILDEBERT/BUTZ, CORNELIE: Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 5. Aufl., Berlin 2003.